

Auf ein Wort vorweg: Stets wird es teurer, nie preiswerter

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich erlaube mir mal eine persönliche Geschichte erzählen. Wenn der Kämmerer immer mal wieder lustige Lach- und Sachgeschichten aus Wixhausen erzählt, dann kann ich das auch mal aus der Gräfenhäuserstraße erzählen.

Ich habe gerade kürzlich in meiner Wohnung aufgrund eines Küchenumbaus die Elektrik neu verlegen müssen. Ich habe mehrere Angebote eingeholt und das günstigste vergeben. Da habe ich die freudige Erfahrung machen können, dass die Rechnung sogar unter dem Angebot gelegen hat. Sowas habe ich bei der Stadt noch nie erlebt. Hier läuft das immer nur anders herum: Stets wird es teurer, als ursprünglich kalkuliert. Stets fallen Mehrkosten vom Himmel, plötzlich und unerwartet, die ebenso unabwendbar sind wie Unwetter. Unwetter aber lassen sich wenigstens voraussagen, jedenfalls von Experten.

Sie Stadtregierung jedoch hat uns – alleine für die jetzige Parlamentssitzung – Kostensteigerungen von insgesamt 21,4 Millionen Euro vorgelegt. Ein Punkt davon: Mehrkosten bei der Sanierung der Ausstellungshallen auf der Mathildenhöhe. Dort waren es 2,5 Millionen Euro. Wir haben dem zugestimmt, wenn auch mit Unbehagen. Bei anderen Kostensteigerungen haben wir uns enthalten. Das zeigt, dass wir uns jeden Einzelfall anschauen und bewerten. Mehr dazu und zu den übrigen Themen der jüngsten Stadtverordnetenversammlung erfahrt Ihr in dieser Ausgabe unserer „StaVo aktuell“.



Foto: Michael Siebel

zu

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch Euer

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Michael Siebel". The signature is fluid and cursive.

Michael Siebel
Fraktionssprecher

Kostensteigerungen

Michael Siebel: Auftrag der Daseinsvorsorge verantwortlich managen

Wenn es Routinen gibt im Stadtparlament, dann Kostensteigerungen. Immer wieder müssen die Kommunalpolitiker plötzliche Mehrkosten absegnen, um bereits beschlossene Projekte zu realisieren. Jetzt kam es richtig dicke: für gleich fünf Bauprojekte präsentierte die Stadtregierung Kostensteigerungen mit einem Volumen von insgesamt 21,4 Millionen Euro. Die SPD-Fraktion wollte diese grünen Kröten nicht schlucken.

Wieder einmal wurde es teurer, als ursprünglich geplant. Die Posten im Einzelnen: Sanierung der Ausstellungshallen Mathildenhöhe, plus 2,5 Millionen; Erweiterung KiTa Fröbel-Haus, plus 500.000 Euro; Sanierung und Erweiterung Berufsschulzentrum, plus 12 Millionen; Interims-KiTa Lincoln-Siedlung, plus 500.000 Euro; Neubau Grundschule Lincoln-Siedlung, plus 5,9 Millionen. Macht unter dem Strich 21,4 Millionen Mehrkosten, die allein in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung von der grün-schwarzen Mehrheit durchgewunken wurden. Das Jahr aber ist noch jung. Und schon in der nächsten Stadtverordnetenversammlung werden weitere Kostensteigerungen auf den Tisch kommen. So wird unter anderem auch der Friedensplatz teurer als geplant. Dort schlagen zusätzlich 2,2 Millionen zu Buche.

Woran liegt das? Für die KiTa im Fröbel-Haus etwas argumentiert der Magistrat in der Vorlage, dass „erforderliche Umbauarbeiten im Bestand nicht bekannt waren“. Es war auch nicht bekannt, dass die Nutzung der Küche als Essensausgabe einen Raumtausch mit dem Leitungsbüro notwendig macht und dass davon in Folge der Sanitärbereich betroffen war, wobei man bemerkte, dass keine ausreichenden Personaltoiletten vorhanden waren.

„Das klingt alles nicht nach Professionalität. Der Magistrat kann sich nicht bei jeder Vorlage damit rausreden, dass die bestehenden Gebäude so komplex sind und man deshalb erst im Vollzug merken kann, was alles gemacht werden muss“, meinte Siebel. „Es muss unser gemeinsames Bemühen sein, diesen Zustand zu beenden.“

Wie er ausführte, werden für Mehrkosten im Wesentlichen immer drei Ursachen angeführt. Erstens: Die Baukosten stiegen stetig und unaufhaltsam. Die öffentliche Hand sei erpressbar, weil die Auftragsbücher der Bauunternehmen voll seien. Zweitens: Die ersten Kostenschätzungen seien nur grob und würden deshalb kein realistisches Bild auf die



Foto: PublicDomainPictures/pixabay.de

tatsächliche Kostensituation zulassen. Drittens: Die Situation, insbesondere in Bestandsgebäuden, sei nicht zu kalkulieren und deshalb häufig von Sondersituationen geprägt.

„Diese Argumente lasse ich nur bedingt gelten“, sagte Siebel. Sein Gegenargument: Wer privat Handwerker bestelle, könne unter mehreren Angeboten das günstigste auswählen. „Sowas habe ich bei der Stadt noch nie erlebt“, hielt er dagegen. Auch sei es für die Öffentlichkeit nur schwer nachvollziehbar, warum in öffentlichen Unternehmen – etwa der Wohnungswirtschaft – solch horrenden Kostensteigerungen nicht vorkommen. „Fehlt es bei uns an Kompetenz? Müssen wir unsere Vergabewege professionalisieren? Ist die VDO an allem schuld?“, fragte Siebel. Er erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion bei Großprojekten wie dem Nordbad und dem Berufsschulzentrum immer wieder darauf hingewiesen hat, dass Projektmanagement und Kostencontrolling eingeführt werden müssen. „Mit der DSE haben wir eine Struktur geschaffen, die dieser Professionalisierung entsprechen sollte. Das ist gut so.“



Aber es sei Recht und Pflicht der Stadtverordneten, auf das Kostenmanagement bei öffentlichen Bauvorhaben zu achten. „Und deshalb kann ich uns nur gemeinsam auffordern, daran weiter zu arbeiten. Wir dürfen in der Öffentlichkeit nicht das Bild vermitteln, enorme Kostensteigerungen seien uns egal und wären quasi unausweichlich. Das Geld, das wir in Abweichung vom Haushalt für Mehrkosten aufwenden, geht uns an anderer Stelle für notwendige Infrastrukturinvestitionen verloren. Wir wollen den Auftrag der Daseinsvorsorge verantwortlich managen.“

Mathildenhöhe

Dagmar Metzger: Wir hoffen, dass dies die letzte Kostensteigerung ist

„Was bleibt uns Parlamentariern anders übrig, als dieser Vorlage zuzustimmen? Sollen wir die Ausstellungshallen im Rohbau unbespielbar machen, um jetzt 2,5 Millionen zu sparen? Wohl kaum!“, sagte die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dagmar Metzger, zur Kostensteigerung bei der Mathildenhöhe.

Für Metzger ist es selbstverständlich ärgerlich, dass die Sanierungs- und Restaurierungskosten schon wieder davon gelaufen sind „und wir nach der letzten Kostensteigerungs-Vorlage aus 2017 in Höhe von fast fünf Millionen nun weitere 2,5 Millionen locker machen müssen.“ Wie die Kulturpolitikerin einräumte, könne man sich jetzt natürlich darüber aufregen, dass Kostenexplosionen scheinbar einem Naturgesetz gleichkommen, so werde es jedenfalls vermittelt. Auch könne man sich über Inkompetenz, mangelnde Vorplanungen, Fehlkalkulationen, mangelnde Kontrolle und Schönrechnerei aufregen, weil all das die Stadtverordneten immer wieder dazu zwingt, finanziell nachzulegen. Doch alle Aufregerei helfe im Moment nicht weiter. „Wieder einmal gilt das Prinzip ‚Augen zu und durch‘“, so Metzger.

Gleichwohl kritisierte sie die Haltung der grün-schwarzen Stadtregierung. Die permanenten Kostensteigerungen stets mit dem lapidaren Satz zu entschuldigen, „die Substanz ist schlechter als vermutet und geplant“, sei zu kurz gegriffen. Metzger: „Jedem ist klar, dass man bei Sanierungen alter Gebäude immer mit Überraschungen rechnen muss. Genau dies müsste dann aber in die Vorplanung mit entsprechenden, realistischen Sicherheitspuffern eingepplant werden.“

Ärgerlich sei zudem, dass man bei all den Kostenänderungs-Rechtfertigungen als einfacher Stadtverordneter den Überblick verliere. So erinnerte die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion daran, dass die Renovierung von Außenanlagen wie Treppe und Terrasse schon für die letzte Kostensteigerung in 2017 einer der Rechtfertigungsgründe war. „Und auch dort hatten diverse Gutachten bereits weiteres Geld gefordert. Offensichtlich waren auch diese wieder unvollständig oder zu oberflächlich geplant. Ein privater Bauherr wäre schon längst pleite.“



Auch erinnerte Metzger an die vollmundige Zusage des Kulturreferenten, Professor Hünnekens, im Rahmen der letzten Kostensteigerung im Oktober 2017: Mit der zusätzlichen Investition sei sichergestellt, dass alle geplanten Maßnahmen durchgeführt werden können. Man habe einen Puffer für den Worst Case von einer Million Euro eingepplant. „Nun, heute wissen wir, dass diese Mutmaßung nicht zutrifft und der Worst Case weitere 2,5 Millionen fordert. Die letzte Planung war also wieder nur eine Phase. Genau das ist so ärgerlich. Wir handeln uns von Phase zu Phase“, kritisierte Metzger. Dadurch entstehe – auch bei Bürgerinnen und Bürgern – das Gefühl, die Zahlen müssten möglichst klein und die Business-Pläne maximal zuversichtlich sein, damit ein Projekt den demokratischen Slalom durch Dagegen-Bürgerinitiativen, kritische Gremien und Opposition im Parlament erfolgreich besteht. Hierzu Metzger: „Diese Schönrechnerei ist fatal. Kostenwahrheit, Kostentransparenz und Termintreue müssen nachhaltig verbessert werden, um den Bürgerinnen und Bürgern das mittlerweile verlorene Vertrauen in die Planungsrealität und –sicherheit bei öffentlichen Bau- und Sanierungsvorhaben zurück zu geben. Immerhin geht es hier um Steuergelder. Das können wir in diesem Rahmen jetzt wieder einmal anmahnen.“ Letztlich aber bleibe einem bei dieser Vorlage nichts anderes übrig, als zuzustimmen. „Wir hoffen, dass dies die letzte Kostensteigerung bis zur Fertigstellung und Eröffnung der Ausstellungshallen ist und das jetzige Baumanagement eine solide und endgültige Kostenplanung vorgelegt hat.“

Markt

Tobias Reis: Beharrlichkeit zahlt sich ja doch aus

Manchmal hat die Darmstädter Politik für die Opposition auch etwas Erheiterndes – punktuell zumindest. So zauberten die jüngsten Meldungen aus dem Rathaus zum Wochenmarkt Tobias Reis ein Schmunzeln auf die Lippen. In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung sprach er darüber.



Es geschah beim Zeitunglesen, als Reis plötzlich ein Grinsen überkam, just in dem Moment, als er die Überschrift erblickte, „Weinstand und live Musik“. Dieses Grinsen rührte jedoch nicht daher, dass er so gerne Wein trinkt. Vielmehr dachte er bei sich: ja, Mensch, Beharrlichkeit zahlt sich ja doch aus. Welche Beharrlichkeit und was hat die SPD damit zu tun?

Die Antwort ergibt sich beim Lesen des Artikels. So heißt es darin: Auf Wunsch vieler Kunden ist auch wieder ein Weinstand mit Ausschank auf dem Wochenmarkt vertreten.“ *Toll*, dachte sich Reis, *endlich ein Fortschritt, das an sich eher müde Treiben auf dem Markt zu beleben*. „Doch wenn ich ehrlich bin, verzog sich mein Grinsen ein wenig – und dies trotz des positiven Inhalts des Artikels“, gestand er jetzt im Stadtparlament. „Grund hierfür ist, dass ich mir gewünscht hätte, dass ein Bezug dazu hergestellt wird, wer denn genau auf diese Initiative kam.“

Wie Reis aufklärte, war es der SPD-Ortsverein Mitte, der im vergangenen Sommer eine online Umfrage zum Darmstädter Wochenmarkt veröffentlicht hatte. Und das mit Erfolg. Gut 300 Personen hatten sich an der Umfrage beteiligt. Die Ergebnisse: Erstens wünschten sich die BürgerInnen längere Öffnungszeiten, vor allem an Wochentagen. „Wie sonst soll es ArbeitnehmerInnen gelingen, auf den Markt zu gehen?“, fragte Reis. Er bezweifelte zudem, dass ein „Same-Day-Delivery-Service“ für dieses Problem die Lösung sei. Zweites Ergebnis: Die BürgerInnen wünschten sich einen lebendigen, gut gefüllten und geselligen Markt. „Eben ein Flair - ich darf's kaum sagen, wie es beispielsweise der Offenbacher Markt bietet.“ Drittes

Ergebnis: Viele Personen wünschten sich eben auch einen oder gar mehrere Weinstände mit Ausschank.

In der Folge formulierten die Sozialdemokraten mehrere Pressemitteilungen sowie eine Große Anfrage. Die hätte bereits im Februar im Stadtparlament besprochen werden müssen. Mit heftigem Nachdruck fand sie sich dann endlich auf der Tagesordnung der jetzigen April-Sitzung. Reis: „Insofern komme ich zum meinem Grinsen zurück und freue mich, dass es gelungen ist, einmal im Monat einen Weinstand auf dem Markt vorfinden zu können.“

Nun ist der SPD-Stadtverordnete gespannt, wie ernst es der Stadtregierung wirklich ist und ob die von ihr angekündigte Bürgerumfrage tatsächlich zustande kommt. „Auch bin ich gespannt, wann es feststeht, inwiefern man die technischen Voraussetzungen so modernisiert und erweitert und die Marktsatzung so überarbeitet, dass eben mehr Händler Zugang erlangen.“ Für Reis steht fest: Je mehr Händler dauerhaft unterschiedlichste Waren anbieten können, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Markt an Flair gewinnt. „Und das sollte schließlich unser aller Ziel sein. Deshalb biete ich Ihnen auch gerne an, einen genaueren Blick in die Ergebnisse unserer Umfrage zu werfen“, sagte Reis zum Oberbürgermeister gewandt. Der nickte.
Foto: Marquardt.



Schulsozialarbeit

Anne Marquardt: Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen besonders wichtig

„Die Ausweitung der Schulsozialarbeit ist die richtige Entscheidung“, sagte Anne Marquardt, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Es werden nun zusätzliche Mittel in Höhe von 200.000 Euro jährlich bereitgestellt.

Die Schullandschaft und das schulische Leben haben sich verändert. Auch die SchülerInnenzahlen haben sich verändert. Wachsende SchülerInnenzahlen in den Sozialräumen im Darmstädter Norden und Eberstadt, ein Rückgang in der Innenstadt. Marquardt: „Das hat auch Auswirkungen auf die Mittel, die in die verschiedenen Stadtteile und zu den verschiedenen Trägern fließen. Die



unterschiedliche Höhe der Mittel darf aber keine Auswirkung auf die Trägervielfalt haben. Die gilt es dringend zu erhalten.“

Der zweite Aspekt, der bei dieser Vorlage für Marquardt zu beachten ist: die Schulsozialarbeit an den Berufsschulen. Dem Darmstädter Bildungsbericht zufolge haben im Schuljahr 2016/17 rund 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Berufsschule abgebrochen. Das heißt: jeder fünfte junge Mensch, der eine duale Ausbildung beginnt, beendet diese nicht. „Das ist eine Zahl, die ich gerade als Sozialdemokratin nicht einfach so hinnehmen möchte“, betonte Marquardt. Sie verwies darauf, dass etwa die Firma Merck für ihre Auszubildenden eigene SchulsozialarbeiterInnen angestellt hat. „Doch nicht alle Unternehmen und gerade kleinere Betriebe können sich ein solches Angebot nicht leisten. Deshalb ist Schulsozialarbeit gerade an beruflichen Schulen besonders wichtig.“

Kostenloses Seniorenticket

Michael Siebel: Umstieg auf ÖPNV erleichtern

„Tausche Führerschein gegen kostenloses ÖPNV-Ticket“ –viele andere Städte bieten dies ihren Seniorinnen und Senioren bereits an, um ihnen den Umstieg vom Auto auf Öffis leichter zu machen. Die SPD-Fraktion wollte diesen Tausch nun auch in Darmstadt einführen und hatte für die Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Antrag eingereicht, der jedoch abgelehnt wurde.



Es waren im Wesentlichen zwei Argumente, die bereits in den Ausschüssen gegen das kostenlose Seniorenticket vorgebracht wurden: Erstens sei es altersdiskriminierend, zweitens führe die hessische Landesregierung 2020 ohnehin ein Seniorenticket ein. Für SPD-Fraktionschef Michael Siebel sind beide Einwände nicht nachvollziehbar. „Altersdiskriminierend wäre es, wenn es zwangsweise eingeführt würde. Aber hier geht es um Freiwilligkeit und darum, für die SeniorInnen den Umstieg attraktiver zu machen. Andersorts kam diese Initiative sogar von den Seniorenbeiräten.“ Zum geplanten Ticket der Landesregierung erklärte Siebel: „Es ist noch nicht genau verifiziert, wie das aussehen soll. Die Kosten werden womöglich bei 365 Euro liegen. Wir hingegen wollen es für drei Jahre kostenfrei für diejenigen SeniorInnen, die ihren Führerschein freiwillig abgeben.“

Die meisten SeniorInnen sind sich völlig darüber im Klaren, dass sie nicht mehr so fit sind, wie mit 20. Trotzdem fällt es ihnen oft schwer, sich von ihrem Führerschein zu trennen, wie Siebel

meinte. Mit dieser Einschätzung steht er nicht alleine. In Augsburg, Dortmund, Essen, Bremen oder Gladbeck etwa sehen es Stadtverordnete ebenso und haben deshalb den Tauschhandel „Führerschein gegen kostenloses ÖPNV-Ticket“ beschlossen, oftmals einstimmig. Der Verzicht aufs Autofahren, für viele eben bitter, soll damit ein wenig versüßt werden.

„Das ist eine Rechnung, die in jeder Hinsicht auf geht“, sagte Siebel. Er bezog sich auf viele Presseberichte, ebenso auf ein Dossier der „Wissenschaftlichen Dienste“ des Deutschen Bundestages. So unterschiedlich die Quellen, so einheitlich der Tenor. „Dort, wo dieses Projekt praktiziert wird, läuft es gut. Die Nachfrage ist sogar meist höher, als erwartet“, berichtet der SPD-Fraktionschef. Doch was ist mit dem zweiten Teil der Rechnung? Wie wird der Tauschhandel finanziert? Siebel zufolge sind es die lokalen oder regionalen Verkehrsunternehmen, die die Freitickets für die „Umsteiger“ zahlen. „Für die Verkehrsbetriebe ist es offenbar eine Art der Neukundenakquise, die sich für sie wohl bezahlt macht“, meinte er. Denn nach Ablauf ihrer kostenlosen Tickets würden eben viele SeniorInnen ein kostenpflichtiges Abo kaufen.

Siebel: „Wir können nicht immer nur von Bürgerfreundlichkeit, von Verkehrswende und Verkehrssicherheit reden. Wir müssen auch etwas dafür tun. Der Tausch ‚Führerschein gegen kostenloses ÖPNV-Ticket‘ wäre ein wichtiger Beitrag hierzu.“ Die Mehrheit im Stadtparlament sah dies anders.

Sozialticket

Anne Marquardt: Wir sind noch nicht endgültig überzeugt



„Mobilität für alle gleichermaßen zu ermöglichen ist heute eine besondere, auch soziale Herausforderung. Mit diesem Sozialticket wird ein Schritt unternommen, diese Herausforderung zu bewältigen. Allerdings sind für uns noch einige Fragen offen, weshalb wir zwar den Ansatz anerkennen, aber der Vorlage nicht vollkommen zustimmen können“, sagte Anne

Marquardt.

Wir alle sind mobiler geworden. Wege zur Arbeit, zur Familie, zur Freizeitaktivität: Unsere Wege haben sich verändert, wie Marquardt ausführte. „Der Bedarf an Mobilität in unserer Gesellschaft hat sich gerade in der Stadt verändert: vom Auto zu Bus und Straßenbahn, E-Lastenrad und bald vielleicht zu E-Tretroller“, stellte sie fest.

Für Marquardt ist Mobilität ein Ausdruck von Freiheit, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. „Heute ändern sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erneut grundlegend. Steigendes Bewusstsein für Nachhaltigkeit und den eigenen ökologischen Fußabdruck, stellen das – bisher eher private – Auto in Frage.“ Gleichzeitig stiegen die Kosten für Mobilität: steigende Benzinpreise, aber auch immer höhere Preise beim RMV. „Insbesondere Haushalte mit niedrigeren Einkommen werden dadurch von der Teilhabe ausgeschlossen.“

Deshalb gelte es, Mobilität für alle gleichermaßen zu ermöglichen. Das Sozialticket sei hierfür zwar das richtige Instrument. Doch was die Stadtregierung jetzt vorlegte, ist für Marquardt nicht ganz schlüssig. Erster Kritikpunkt: „Warum wird das Ticket der Preisstufe 01 - also innerhalb eines Stadtteiles oder innerhalb der Innenstadt - teurer als das bezuschusste Sozialticket?“ Personen, die sich ausschließlich innerhalb der Tarifzone Innenstadt bewegen, müssten zukünftig mehr für ein „kleineres“ Ticket bezahlen. Menschen, die anspruchsberechtigt für das Sozialticket sind, hätten nach SGB II Regelsatz 35,33 Euro im Monat für Verkehr zur Verfügung.



Zweiter Kritikpunkt: „Was machen diejenigen, die kein Sozialticket erhalten? Wie will die Stadt deren Recht auf Mobilität sicherstellen?“ Im Haushalt stünden 400.000 Euro pro Jahr für das Sozialticket zur Verfügung. Bei einem Zuschuss von knapp 17 Euro pro Monatsticket, könnten aus diesem Topf 1.921 Personen für ein Jahr unterstützt werden. Berechtigter zum Erhalt des Sozialtickets seien BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II, dem 3. und 4. Kapitel des SGB zwölf sowie Leistungen nach dem AsylbewerberInnenleistungsgesetz. „Laut Vorlage sind das insgesamt 13.700 Menschen. Aus den bereitstehenden Mitteln können also weniger als 15 Prozent der insgesamt Berechtigten überhaupt ein Sozialticket erhalten“, stellte Marquardt fest.

Dritter Kritikpunkt: Um Menschen den Zugang zu Bus und Bahn zu gewähren, werde derzeit insbesondere auf Tickets für bestimmte Personengruppen gesetzt: das Semesterticket für Studierende, das SchülerInnen-Ticket, das Ticket für Angestellte des Landes. Jetzt solle noch ein SeniorInnenticket folgen. „Dem gleichen Schema folgt auch das Sozialticket. Für die Zukunft muss das Ziel sein: öffentlicher Nahverkehr für alle Personen unabhängig vom Alter oder der beruflichen Situation“, forderte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Das wäre auch weniger bürokratisch, da etwa Bedarfsprüfung wegfallen. Marquardt: „Das Sozialticket kostet 416 Euro im Jahr, unser Vorschlag lautet: 300 Euro im Jahr für Alle.“

Bezahlbarer Zugang zu Bus und Bahn muss das langfristige politische Ziel sein, wie die Sozialdemokratin betonte. „Wir teilen die Grundrichtung der Vorlage: den Zugang zu Mobilität sicherzustellen, bei den Details rund um das vorgelegte Sozialticket sind wir noch nicht endgültig überzeugt.“ Die SPD-Fraktion enthielt sich deshalb bei der Abstimmung.

Straßenbeiträge

Michael Siebel: Straßen und Radwege sind Aufgabe der Daseinsvorsorge

Ewiger Quell des Ärgernisses: Straßenbeiträge. Die SPD-Fraktion will sie abschaffen, die grün-schwarze Regierungskoalition daran festhalten. Um die eigene Position zu untermauern, brachte der Magistrat nun eine Vorlage ein, in der er aus seiner Sicht begründet, dass auf die Einnahmen aus der Straßenbeitragssatzung auf keinen Fall zu verzichten sei. Die SPD Fraktion ist da anderer Ansicht, wie Michael Siebel ausführte.

„Es ist mittlerweile nicht mehr nachvollziehbar, warum gerade die Erneuerung von Straßen zu einem Großteil in die Verantwortung der Anlieger gelegt wird“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Zwar sehe die Satzung eine Staffelung für Anliegerstraßen, Straßen mit überwiegend innerörtlichem Verkehr und Straßen mit überwiegend überörtlichem Durchgangsverkehr vor, „aber diese Regelung entspricht nicht dem Verursacherprinzip, das wir an anderer Stelle immer wieder hochhalten.“



Zudem wies Siebel auf eine Unstimmigkeit in der Vorlage hin, von der er insgesamt meinte, dass sie die Einnahmen mit 7 Millionen Euro pro Jahr viel zu hoch einstufte. So schreibt der Magistrat selbst in der Vorlage, dass aufgrund von knappen Planungskapazitäten und wegen Bedenken der Anwohner in der Vergangenheit Projekte aus dem MIP herausgenommen worden seien. Deshalb seien von 2014 bis 2018 insgesamt nur 1,9 Millionen Euro eingenommen worden. Wieso sich dies ändern soll und kann, wird nicht beschrieben, wie Siebel erläuterte. Vielmehr werden die Einnahmen bis 2023 auf insgesamt 35 Millionen Euro beziffert. „Dabei berücksichtigen sie nicht nur die Projekte, die jetzt noch im MIP stehen, sondern weitere, die auf einer Projektliste stünden und noch nicht mal ansatzweise etatisiert sind. Übrigens, wenn sie schon so rechnen, ist das ein gutes Beispiel dafür, widerkehrende Straßenbeiträge in die Überlegungen einzubeziehen. Dann wäre für die Bürgerinnen und Bürger Transparenz hergestellt.“

Siebel plädierte allerdings für die Abschaffung der Straßenbeiträge und für deren Finanzierung aus staatlichen Mitteln, wie es die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag erneut mit der Vorlage eines Gesetzes gefordert hat. Dabei würde die Grundhafte Sanierung vom Land mit jährlich 65 Millionen Euro übernommen. „Damit wären sogar die von ihnen hochgerechneten 7 Millionen Euro abgedeckt, die etwa 10% der Gesamtsumme entsprechen.“

Abschließend widmete sich Siebel dem Verursacherprinzip. „Es gibt Kommunen, die das konsequent gemacht haben. Straßen und Radwege sind Aufgabe der Daseinsvorsorge. Insofern ist es die Aufgabe der Öffentlichen Hand für diese wichtige Infrastrukturmaßnahme auch die finanzielle Verantwortung zu übernehmen.“

Wer sich diesem Grundgedanken nicht ernsthaft nähert, werden immer mehr AnwohnerInnen dazu treiben, schon die ersten Planungen mit Bürgerprotesten zu blockieren „und die Situation auf unseren Straßen wird sich nicht verbessern.“

Stadtteil-Entwicklungsplan Waldkolonie/Weststadt

Santi Umberti: BürgerInnen wollen wissen, wie sich ihr Stadtteil entwickelt und daran teilhaben

Auftrag erhalten, umgehend ausgeführt und gescheitert an der Realität – so erging es nun Santi Umberti. Im Auftrag des SPD-Ortsvereins Waldkolonie hatte er beantragt, einen Stadtteil-Entwicklungsplan Waldkolonie/ Weststadt zu erstellen. Doch scheiterte er an der Realität im Stadtparlament: die grün-schwarze Mehrheit schmetterte es ab.

Warum soll es überhaupt einen Stadtteil-Entwicklungsplan geben? Umberti brachte hierfür vier Argumente vor. Erstens: Der Hotelneubau am Dornheimer Weg. „Jahrelang war kaum etwas zu diesem Projekt zu hören. Jetzt wird gebaut und die Leute stehen plötzlich vor vollendeten Tatsachen“, monierte der SPD-Stadtverordnete. Mit der Schaffung dieser Tatsachen ist die Sache für ihn nicht vom Tisch. Vielmehr drängen sich ihm Fragen auf. „Warum wird gerade an dieser Stelle gebaut, direkt an den Bahngleisen und in unmittelbarer Nachbarschaft zur Übungsstrecke der Heeresinstandhaltungslogistik? Was ist das mittel- und langfristige Konzept für die beidseitige Bebauung des Dornheimer Weges, der zentralen Durchgangsstraße durch die Waldkolonie und Weststadt?“

Zweitens: Die Lessingschule als Bürger- und Kulturzentrum. Wie Umberti ausführte, wünschen sich die EinwohnerInnen ein solches Zentrum. Erste öffentliche Positionierungen gab es bereits vor drei Jahren. „Ergebnisse bis dato keine.“ Drittes Argument: Barrierefreie Bushaltestellen, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Doch die Stadtregierung lehnt dies ab, unter anderem mit dem Hinweis, dass eine Straßenbahn nach Weiterstadt in Planung sei, deren Verlauf



entsprechende Auswirkungen haben könnte. „Dies würde einen Aufschub auf Jahrzehnte bedeuten“, meinte Umberti. Sein letztes Argument setzte bei der unterschiedlichen Entwicklung der Quartiere in der Weststadt am Bahnhof und der Waldkolonie an. Wie er ausführte, gibt es nur wenige Schnittmengen. Vielmehr ist ein Nebeneinander der zwei Viertel vorherrschend. Doch eine homogene Entwicklung setzt Umberti zufolge ein Zusammenwachsen bei Infrastruktur und in gemeinsamen Aktivitäten voraus.

„Einzelmaßnahmen und Projekte dürfen nicht zufällig, beliebig und nach Gutdünken erfolgen. Die BürgerInnen wollen wissen, wie sich ihr Stadtteil zukünftig entwickeln soll und daran teilhaben“, forderte Umberti. Aber die grün-schwarze Regierungskoalition hat andere Vorstellungen.

Nordbad

Yasemin Aslan: De facto steigen die Kosten

„Kostensteigerungen bei Großbauprojekten und die Überraschung der politisch Handelnden darüber erlebe ich nunmehr seit fast einem Jahrzehnt – in den letzten Jahren ausgeprägter als früher“, bemängelte Yasemin Aslan. Aus ihrer Erfahrung sind Kostenschätzungen zu Beginn eines Bauprojekts deshalb mit Vorsicht zu genießen, insbesondere, da sie sich auch inklusive des von der SPD-Fraktion geforderten Risikozuschlags als unzuverlässig erweisen, wie die jüngsten Kostensteigerungen zeigten.



„Dass nun aber die Umlegung eines Abwasserkanals im Bereich des Nordbads nicht als Kostensteigerung Nordbad deklariert wird, sondern völlig unabhängig im Raum steht – dieses Vorgehen ist mir völlig neu. Ohne den Neubau des Nordbads wäre die Kanalumlegung an dieser Stelle doch gar nicht notwendig“, so Aslan.

Inhaltlich sei die Umlegung nachvollziehbar, zeitlich komme sie etwas spät – die Lagepläne lägen seit Beginn der Planungen vor. Nun sollen die Kosten also auf eine separate Kostenstelle deklariert werden und nicht als Mehrkosten Nordbad in Erscheinung treten. „Transparente Kostenführung sieht anders aus.“ Im Umweltausschuss machte Aslan darauf aufmerksam und beantragte, die Kosten in Höhe 850.000Euro auf die Kostenstelle Nordbad zu buchen. Die Oppositionsparteien - mit Ausnahme von Uffbase - sahen das ebenso und stimmten dem Antrag der SPD-Fraktion zu. In der Stadtverordnetenversammlung holte dann Uwiga das Thema nach oben auf die Tagesordnung und die Linken beantragten eine transparente Kostenführung.

Letztendlich musste auch die grün-schwarze Koalition sehen: Mehrkosten bei Bauvorhaben werden von der Opposition nicht einfach abgenickt und eine nicht schlüssige Kostenabrechnung schon gar nicht. Auch wenn die grün-schwarze Koalition an ihrer Kostenabrechnung festhielt: Die Kosten für Nordbad inklusive Bereich Nordbad steigen de facto um 850.000Euro, wie Aslan klarstellte.

Kurz gefragt & schnell beantwortet



Anne Marquardt: „Hat der Magistrat Kenntnis darüber, ob und wenn ja, wann neue Fahrzeuge für die Wehren der Darmstädter Feuerwehren aus Mitteln des Bundes oder Landes bereitgestellt werden?“

Bürgermeister Rafael Reißer: „Die Untere Katastrophenschutzbehörde der Wissenschaftsstadt Darmstadt steht in regelmäßigem Kontakt mit den übergeordneten Katastrophenschutz-Behörden.“

Weder vom Regierungspräsidium Darmstadt, noch vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport sind verbindliche Informationen über die zukünftigen Fahrzeugbeschaffungen auf Landes- und Bundesebene zu erhalten.

Beispielsweise besteht für die Ersatzbeschaffung eines Schlauchwagens (Baujahr 1974) für die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt akuter Bedarf.

Der grundsätzliche Bedarf für die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist den übergeordneten Behörden bekannt.“

Yasemin Aslan: „Wer ist für die Reinigung des stark verschmutzten Grünstreifens des Fuß- und Radweges von der Eschollbrücker Straße bis zur Mahatma-Gandhi-Straße, in Höhe des Alnatura-Campus, zuständig und warum gibt es in diesem Bereich keine Mülleimer?“

André Schellenberg: „Der Fuß- und Radweg von der Eschollbrücker Straße bis zu Mahatma-Gandhi-Straße in Höhe des Alnatura-Campus ist ausgebaut und als gemeinsamer Fuß- und Radweg (Zeichen 240 StVO) ausgeschildert. Dieser Weg ist auch durch das Straßenverkehrs- und Tiefbauamt gewidmet und dem öffentlichen Verkehr übergeben worden.“



Bei diesem Fuß- und Radweg handelt es sich um einen sogenannten Weg (auch Wohnweg), der nicht entlang von Straßen führt und der gemäß der Satzung über die Straßenreinigung der Stadt Darmstadt nicht vom EAD gereinigt wird (§1, Abs. 4 der Straßenreinigungs-Satzung). Zuständig für die Reinigung sind in diesem Fall die Grundstückseigentümer, bzw. Anlieger der angrenzenden Grundstücke. Dies betrifft auch die Durchführung des Winterdienstes.

Der EAD prüft regelmäßig die Aufstellung von zusätzlichen Papierkörben im gesamten Stadtgebiet. Für den genannten Fuß- und Radweg wurden vom EAD bereits die Aufstellungskriterien untersucht. Am Eingang des Weges auf der Seite von der Eschollbrücker Straße erfolgt daher die Anbringung eines öffentlichen Papierkorbs.“

Zusatzfrage Aslan: „Gilt das auch für die Bushaltestellen, die sich dort befinden?“ Schellenberg konnte das nicht ad hoc beantworten und reicht die Antwort schriftlich nach.



Oliver Lott (in Vertretung für Tim Huß): „Wie geht der Magistrat mit den 60 neuen, von Unbekannten gepflanzten Bäumen und Büschen auf der Trasse der geplanten Lichtwiesenbahn um?“

Oberbürgermeister Jochen Partsch: „Der Bau der Lichtwiesenbahn ist politisch beschlossen und planungsrechtlich genehmigt. Die nicht genehmigten Baumpflanzungen auf dem Campus Lichtwiese der Technischen Universität haben keinen Einfluss auf die Realisierung der Lichtwiesenbahn.

Wir werten die Pflanzungen als Schenkung an die TU. Die TU wird sich überlegen, wie sie hiermit umgeht.“

Klaus Uebe: „Wird der Magistrat überhaupt, und wenn ja, ggf. bis wann, den Schulentwicklungsplan für allgemein bildende Schulen fortschreiben?“

Rafael Reißer: „Der Schulentwicklungsplan (SEP) allgemein bildende Schulen wird aktuell für den Bereich der Grundschulen fortgeschrieben. Nach derzeitigem Stand wird der Entwurf des SEP Grundschulen im August 2019 dem Magistrat vorgelegt und geht anschließend gemäß §145 Hessisches Schulgesetz in das Beteiligungsverfahren. Die Vorlage des SEP Grundschulen beim Hessischen Kultusministerium ist Ende 2019 geplant.



Die Fortschreibung des SEP allgemein bildende Schulen für den Bereich der Sekundarstufe I soll im Sommer 2019 starten. Sobald eine konkrete zeitliche Planung erstellt sein wird, werden wir hierzu informieren.“



Dagmar Matzger: „Wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand bei der Prüfung der Darmstädter Straßennamen auf die Vereinbarkeit des Lebens und der politischen Einstellung der Namensgeber_innen mit den Werten einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft?“

Jochen Partsch: „Der Fachbeirat hat seine Arbeit beendet. Nun ist geplant, die Magistratsvorlage nach den Osterferien in den Geschäftsvorgang zu geben. Für die Öffentlichkeit wird es dann noch eine Informationsveranstaltung geben.“

Kurz gefragt & *nicht* beantwortet

Ursula Knechtel: „Wie viele Heilerziehungspfleger sind bei der Stadt Darmstadt beschäftigt?“

Mit einer qualifizierten Antwort auf diese Fachfrage war der Magistrat sichtlich überfordert. Obwohl die Frage bereits eine Woche vorher schriftlich gestellt wurde. „Ein Armutszeugnis“, mit die SPD-Stadtverordnete Ursula Knechtel, „auch wenn die schriftliche Antwort zugesichert wurde.“

